

Stefan Bollinger

Die frühe Bundesrepublik zwischen Zusammenbruch und Erfolgsgeschichte

1. Warum kritische Geschichte eines Siegers?

Seit dem Untergang des Realsozialismus stehen Linke aller Couleur, egal ob sie es wahrhaben wollen oder nicht, vor einem Scherbenhaufen. Die von Moskau geprägte osteuropäische Variante eines Weges zum Sozialismus, geführt von einer geschichtsgewissen kommunistischen Partei, die stellvertretend für die noch nicht reife Arbeiterklasse diese neue Gesellschaft aufbauen und verteidigen wollte, ist gescheitert.

Eine Welle mehr oder minder friedlicher Revolutionen und Umbrüche haben diese Entwicklung beendet, wobei die Erwartungen vieler beteiligter linker Intellektueller, Politiker und nicht weniger Bürger ob einer Erneuerung hin zu einer endlich demokratisch-sozialistischen Gestalt eines solchen Neuanfangs in einem Triumph des konkurrierenden kapitalistischen Gesellschaftssystems enttäuscht wurden und sie vor den Trümmern sowohl des Realsozialismus wie seiner Erneuerung stehen. Aber auch das "sozialdemokratische Jahrhundert" unter westeuropäischen Vorzeichen hat diesen Epochebruch nicht überlebt. Sozialstaatsversprechen, veränderte Verteilungsverhältnisse, größere Möglichkeiten einer partizipatorischen Gestaltung von Politik und Wirtschaftslenkung stießen an ihre Grenzen.

Der Wahn von einem "Ende der Geschichte" und einer Auflösung aller geschichtlichen Entwicklung in einer Gesellschaft der kapitalistischen Marktwirtschaft und der parlamentarisch-demokratischen Staatsgestaltung verklärte die "westliche" Entwicklung in dem Moment, da sie eine neue Qualität in ihrem eigenen Lager und in den dazu gewonnenen einstmals sich sozialistisch nennenden Ländern erreichte und selbst in den reformkommunistischen Wandlungen insbesondere Chinas ihren Niederschlag fand: in Gestalt des Neoliberalismus als einer besonders effektiven Form kapitalistischer Kapitalverwertung, die mit der Einschränkung von demokratischen Kontrollmechanismen von Wirtschafts-, von Profitinteressen durch Staat und Gewerkschaften, dem Rückbau des Sozialstaates und einer neuen Weltordnung einhergehen, in der allein die Dominanz der USA angesichts eigener Schwächen und der Konkurrenzsituation zu anderen Wirtschaftsregionen diese Entwicklung in Frage stellt. Auch die tiefe Krise dieser Ausprägung des Kapitalismus in Gestalt einer Krise des Finanzsektors und einer erneuten Beschleunigung der antidemokratischen und antisozialstaatlichen Züge lässt vermuten, dass trotz mannigfacher Wiederkehr des Rufes nach Alternativen diese auch diesmal noch nicht zum Tragen kommen werden.

Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund ist die Zuwendung linker Wissenschaft zur Geschichte des zunächst obsiegenden Systems eine vielleicht gar nicht so abwegige

Überlegung. Sie passt zwar nicht unbedingt in den Zeitgeist – es sei denn, sie bediente einen Triumphalismus dieses Systems und schwärmt vom "Glücksfall Demokratie"¹ für die bundesdeutsche Geschichte. Das meinte vor einigen Jahren der Historiker Edgar Wolfrum, der dieses Diktum allerdings mit einer in der Analyse denn doch differenzierteren Vorgehen untermauert und hinsichtlich der deutschen Nachkriegsgeschichte zumindest auf drei unterschiedliche Beziehungsgeflechte anwenden will: Als da wären "1. das *Kontinuitätsproblem*, das Verhältnis von Vergangenheit und Gegenwart. Da die Bundesrepublik in der Tradition der deutschen Geschichte stand und steht, geht es um den Zusammenhang von Erbe und bewusster Neugestaltung. Außerdem muss gefragt werden, was Ausdruck deutscher oder allgemeiner Wandlungsprozesse war; 2. das *Verhältnis von innen und außen*. Es geht hier zum einen um den Subjekt- und Objektstatus Deutschlands, um das Problem von Fremdbestimmung und Autonomie vor dem Hintergrund, dass der westdeutsche Kernstaat bis 1989/90 nur mehr halbsouverän und zudem die DDR nicht Ausland war. Zum andern" gehe es aber auch um "Rückwirkungen wie etwa aus den weltwirtschaftlichen Verflechtungen ...; 3. die *Wechselwirkungen* zwischen den verschiedenen Dimensionen – Staat und Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, Kultur und Sozialkultur – müssen beachtet werden. Alte Problemlagen wurden abgeschliffen und neue entstanden. Auch Einbrüche von Unerwartetem, Schockerlebnisse – wie der Bau der Berliner Mauer 1961 – spielten eine Rolle, sie hatten Rückwirkungen auf neue Fragen und Denkmodelle."² Und er wirft eine zumindest für jene, die die bestehende Gesellschaft ändern wollen, entscheidende Frage auf: "Schließlich muss den Handlungsspielräumen und der Offenheit der Geschichte Rechnung getragen werden, d.h. man muss alternative Möglichkeiten stets mitdenken und der Kontingenz den Platz einräumen, der ihr gebührt."³

Gerade der Erfolg und die Stabilität der BRD ist offenbar einer der entscheidenden äußeren Faktoren für das Scheitern des Realsozialismus zumindest auf deutschem Boden. Dabei darf allerdings nicht vergessen werden, dass die BRD, die USA, die skandinavischen Staaten und noch einige mehr in ihrer unterschiedlichen Ausprägung, ihren lange Zeit unterschiedlichen Gesellschafts- und Wirtschaftspolitiken jene Attraktivität des vermeintlich sterbenden und faulenden Imperialismus ausgemacht hatten, die im Osten nicht selten den Seufzer auslösten, so schön wolle man auch sterben – respektive leben. Denn all diese Staaten und Gesellschaften boten das, was der Osten, selbst in der entwickeltsten DDR-Form nicht zu bieten hatte: Harte Devisen, attraktive Konsumgüter ohne Ende, Reisemöglichkeiten in alle Länder der Welt, schicke Autos und allzeit Bananen – und ein politisches, demokratisches System, das die Grundlage dieses wirtschaftlichen und sozialpolitischen Erfolges versprach.

Oder nüchtern: Zu diesen Einsichten gehört aber eben auch, dass die bundesdeutsche Erfolgsgeschichte – trotz der gern ausgeblendeten sozialen Kämpfe der Arbeiterbewegung – nicht nur eine spürbare Verbesserung der Lebenslage der überwie-

¹ Edgar Wolfrum: Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. Bonn 2007, vgl. z.B. S. 18.

² Ebd., S. 17/18.

³ Ebd., S. 18.

genden Masse der Bevölkerung, ein durchaus leistungsfähiges System sozialer Sicherung und breiter demokratischer Möglichkeiten mit sich brachte. Gewerkschaften, Sozialdemokraten, sozial Engagierte konnten sich über Fortschritte freuen und glauben auf konfrontative Formen der Durchsetzung ihrer Interessen verzichten zu können. Selbst das Aufbegehren der jungen Intellektuellen in der Studentenbewegung in den 1960er Jahren brachte Fortschritte in der politischen Kultur und in den demokratischen Institutionen, etwa in Gestalt der Bürgerinitiativen und ihrer Einflussmöglichkeiten. Konflikte und Krisen konnten nach der Zuspitzung in der Bekämpfung der kommunistischen Gefahr meist recht geräuschlos bearbeitet oder zumindest marginalisiert werden. Eine Erfolgsgeschichte, die die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung festigte und durchaus auch im Interesse der Bürger entwickelte.

2. *Positive contra negative Geschichtsschreibung?*

Die DDR ist umfassend, gerecht und ungerecht "aufgearbeitet" und soll nur ungeliebte Fußnote deutscher Geschichte sein. Dominant ist die Erzählung der bundesdeutschen Erfolgsgeschichte auf den Trümmern Nazideutschlands, unterstützt mit CARE-Paketen und Marshall-Plan, eingebunden in den freiheitlichen Westen, be-seelt vom Ziel der Befreiung des unterdrückten Ostens. Der konservative Mainstream mag diese Geschichte und ihre Legenden nicht kritisch hinterfragen und auch kein schlechtes Gewissen ob der Methoden dieser Befreiungsmision in den Hochzeiten des kalten und regional oft heißen Krieges entwickeln.⁴

Linke Politik und Geschichtspolitik, die mit dem Heute des Kapitalismus kritisch umgeht, muss es tun. Warum versiegte der antifaschistische und antimilitaristische Grundtenor der ersten Nachkriegsjahre, die spontane Ablehnung des Kapitalismus auch bei vielen Westdeutschen rasch? Die Entscheidung zwischen Sozialismus und Kapitalismus, "zwischen Planwirtschaft und Marktwirtschaft" (Adenauer)⁵ drängte Sozialdemokraten wie Kommunisten rasch in die Opposition. Der Kalte Krieg fand auf deutschem Boden statt, mit deutschen Akteuren und Opfern. Die neue BRD wollte ihren "Auftrag Demokratie"⁶ erfüllen, da war die westalliierte Reeducation erfolgreich. Oder genauer – und heute kaum noch ausgesprochen – die Alliierten

⁴ Siehe kritisch Bernd Stöver: Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische Liberation Policy im Kalten Krieg 1947–1991. Köln-Weimar-Wien 2002; ders.: Der Kalte Krieg 1947–1991. Geschichte eines radikalen Zeitalters. Bonn 2007; Bernd Greiner/Christian Th. Müller/Claudia Weber (Hg.): Ökonomie im Kalten Krieg. Bonn 2010. Weniger kritisch: Jeremy Isaacs/Taylor Downing: Cold War. For Forty-Five Years the World Held its Breath. London 2008.

⁵ So eine der zentralen Argumentationslinien des Bundeskanzlers nach dem erbitterten Wahlkampf gegen die SPD: Große Regierungserklärung des Bundeskanzlers Adenauer. 20. September 1949. In: Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 1. Wahlperiode. 5. Sitzung. Bonn, Dienstag, den 20. September 1949, S. 22–30 – dokumentiert in: Hans Georg Lehmann (Hg.): D-DOK. Deutschland-Dokumentation 1945–2004. Politik, Recht, Wirtschaft und Soziales (DVD). Bonn 2004, Dok., S. 1.

⁶ So der Titel von Wolfgang Benz: Auftrag Demokratie. Die Gründungsgeschichte der Bundesrepublik und die Entstehung der DDR 1945–1949. Berlin 2009.

hatten in ihren Besatzungszonen autoritäre Militärdiktaturen errichtet, die die jeweiligen nationalen politischen und wirtschaftlichen Ziele mit den nun rekrutierten deutschen Politikern umsetzten. Keineswegs immer zu deren und der Deutschen Schaden, aber als eine im Wesentlichen von außen und von oben vollzogene Umwälzung. Im Osten unter kommunistischen Vorzeichen, verschärft durch die stalinistischen Prämissen und Strukturen. Im Westen in vergleichbarer Weise, aber mit der einen wesentlichen Einschränkung, dass hier der Antifaschismus endete, wo der Bestand einer kapitalistischen Ordnung bedroht schien. Der Historiker und Zeitzeuge Theo Pirker hat schon vor Jahrzehnten in sehr brutaler Weise diesen Mechanismus benannt: "Die autoritären Methoden in der Beeinflussung des Volkes, wie auch die polizeistaatlichen Methoden der Rechtspraxis durch die Besatzungsmächte, hat für die breiten Massen des deutschen Volkes den Unterschied zwischen der faschistischen Diktatur und der autoritären Militärdiktatur der Besatzungsmächte kaum spürbar werden lassen. Darüber hinaus hat die Politik des Raubes und des Hungers, die die Besatzungsmächte praktizierten, gegenüber den breiten Massen des deutschen Volkes Methoden angewandt, wie sie das imperialistische nationalsozialistische Deutschland als Unterdrückungsmethoden gegenüber den von ihm unterworfenen europäischen Völkern in der Regel verwendet hat. Die Praxis der autoritären Militärdiktatur stand in einem krassen und unübersehbaren Widerspruch zu dem Gedanken einer Demokratie durch Erziehung (Reeducation). Es mag als geschichtliches Kuriosum festgehalten werden, dass diese Form der Demokratie durch Militärdiktatur auch die klassische Form der Kolonialpolitik der europäischen kolonialen Mächte England und Frankreich dargestellt hat und dass gerade diese koloniale Praxis nach 1945 in einem Ausmaße vor den revolutionären Kräften der kolonialen Völker kapitulieren musste, wie es sich diese europäischen kolonialen Mächte wohl kaum vorgestellt haben."⁷ In Deutschland funktionierte dieses Spiel sehr wohl, nicht wenige Deutsche, die noch kurz zuvor dem Faschismus zum Siege verhelfen wollten, wurden recht schnell glühende Verteidiger der freien Welt. Vor allem aber beendete diese dramatische Austreibung des Faschismus aus den Köpfen und den Amtsstuben auch die basisdemokratischen Ansätze, die sich spontan und gestützt auf vornehmlich linke Traditionen im besetzten Deutschland formiert hatte. Dieses Zerschlagen von basisdemokratischen Strukturen, die mit autoritären Machtstrukturen unvereinbar waren – auch dies gehört zur bitteren Ironie der Geschichte – vereinte nun die bereits wieder verfeindeten Alliierten und die von ihnen bevorzugten neuen Eliten in West wie Ost.

Pirker leitete aus diesen Erkenntnissen die fatalen Folgen zumindest für die hier interessierende westdeutsche Entwicklung ab: "Die Militärdiktatur hat von vornherein auf eine Mobilisierung breiter Volksmassen für die Demokratie und die Republik verzichtet. Sie hat im Gegenteil im Volk nur eine Masse von Staatsbürgern mit kleinen oder beschränkten Rechten gesehen. Darüber hinaus haben sich die Besatzungsmächte – nach dem getreuen Vorbild der kolonialen Praxis – beim Aufbau der deutschen Demokratie nach 1945 auf wohlausgewählte Minderheiten und Einzelpersonen gestützt. Mit dieser Form einer autoritären Militärdiktatur auf der einen

⁷ Theo Pirker: Die verordnete Demokratie. Grundlagen und Erscheinungen der "Restauration". Berlin 1977, S. 46.

Seite und auf der anderen dem Versuch, eine Demokratie durch selektierte Minderheiten und privilegierte Einzelpersonen zu errichten, hat die deutsche Demokratie nach 1945 in Westdeutschland von Anfang an eine konservative Schlagseite erhalten, da die Auswahl der selektierten Gruppen und Einzelpersonen keineswegs der realen und geschichtlichen Bedeutung der einzelnen Gruppen und Klassen in der deutschen Gesellschaft nach 1945 entsprach und insbesondere nicht dem Ausmaß der Opfer und Lasten, die die deutsche Arbeiterklasse im Kampf um die deutsche Republik gegen den Faschismus, in der Kriegswirtschaft und in der Niederlage notwendigerweise getragen hat."⁸

Denn die Besatzer und neuen Verbündeten hatten ebenso wie die alt-neuen Eliten keine Skrupel, die wirtschaftlichen Machtverhältnisse zu restaurieren und auf jene zurückzugreifen, die die Weimarer Demokratie zerstörten und Hitlers Politik zu ihrer ureigensten Sache gemacht hatten.

Die auch unter Linken verbreitete Auffassung, sich mehr oder minder radikal von dem gescheiterten Realsozialismus mit seinen stalinistischen, gar totalitären Zügen, seinem Diktaturcharakter, seinen Verbrechen, seiner Unterordnung des Individuums und des Individualismus unter zentrale gesellschaftlichen Vorgaben zu distanzieren, hilft da nicht weiter. Unverzichtbar ist die messerscharfe Abrechnung mit Irrtümern, Fehlern, auch Verbrechen, die im sozialistischen Namen begangen wurden. Eine differenzierte Sicht ist aber von Nöten, um die Ursachen dieser Entwicklungen zu begreifen, die dazu begünstigenden Bedingungen, aber eben auch jene zivilisatorischen Leistungen⁹ kritisch zu würdigen und dialektisch aufzuheben, wegen deren Zielformulierung und weitgehende Umsetzung nicht wenige Mitglieder der regierenden Parteien des Ostens, nicht wenige Bürger dieser Länder und nicht wenige Sympathisanten zumindest für die idealen Ziele, keineswegs immer für die reale Politik des Ostblocks, bereit waren, sich politisch zu engagieren, ja teilweise Risiken und Bestrafungen auf sich zu nehmen.

Nicht selten wird unter nicht ganz so zur Vergangenheit distanzierenden Linken, aber auch unvoreingenommener als der Zeitgeist es befiehlt Herangehenden danach gefragt, ob nicht eine *positive* Darstellung der Zustände etwa in der DDR hilfreich für zumindest eine differenziertere Geschichtsauseinandersetzung und wohl auch für die Ehrenrettung der sozialistischen Idee wären. Diese Frage muss verneint werden. Ein Idealbild der realsozialistischen Gesellschaft zu zeichnen war durchaus Teil der Selbstdarstellung etwa der DDR, die in ihren ersten beiden erfolgreichsten sowohl stalinistischen wie reformorientierten Jahrzehnten den "Vorteil" hatte in Gestalt des 1. Sekretärs des ZK auch den ersten Geschichtswissenschaftler zu besitzen.¹⁰ Die Ergebnisse waren zwiespältig, wenn auch für die Partei nehmende Pro-

⁸ Ebenda, S. 47.

⁹ Siehe Stefan Bollinger/Fritz Vilmar (Hg.): Die DDR war anders. Eine kritische Würdigung ihrer sozialkulturellen Einrichtungen. Berlin 2002 (2 Bd.); Stefan Bollinger: Zivilisatorische Leistungen des Sozialismus? Skizzen zu Lasten und Traditionen. Pankower Vorträge. H. 74. Berlin 2005.

¹⁰ Herausragend erdrückend: Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden. Berlin 1966. Zu diesen "prägenden" Geschichtswerken gehörte auch weniger differenziert: Autorenkollektiv beim Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Gerhard Roßmann (Leiter): Geschichte der Sozia-

fession, nicht unbedingt aber für die Wissenschaftlichkeit produktiv. Die Bilanz dieser Art von Geschichtsschreibung blieb denn auch unbefriedigend, da sie allein die Leistungen einer Alternative auf deutschem Boden gegen die bisherigen Gesellschaften von Ausbeutung, Unterdrückung und Kriegstreiberei deutlich herausstellte.¹¹ Diese Geschichtsschreibung versagte aber immer dann, wenn es um die Widersprüche, Niederlagen, Konflikte und Irrwege der linken Bewegung und nunmehrigen Staatlichkeit ging.

Das betraf immer jene Vorgänge, die unmittelbar die aktuelle Zeitgeschichtsschreibung betrafen¹² und an das Eingemachte, das Gültige der jeweiligen aktuellen Politik ging. Das betraf den Umgang mit den mehr oder minder großen Krisen in der DDR-Geschichte – 1953, 1956/58, 1960/61, 1968, 1976 –, das betraf den Umgang mit den Opfern der Säuberungen noch unter sowjetischen Vorzeichen der 1930er Jahre, mit den Repressionen in der SBZ und der frühen DDR, selbst bei denjenigen, die schon frühzeitig rehabilitiert wurden. Das betraf generell die fehlende Bereitschaft, das marxistische Analysepotential auf die eigene Gesellschaft anzuwenden und etwa zum Thema Stalinismus zu arbeiten.

Eine der großen Einsichten, ja das große Aufatmen der DDR-Historiker in der Krise, der Wende, der abgebrochenen Revolution von 1989/90 war die Gewissheit, dass ihre Zukunft nicht wieder zur Magd, ja Hure der Politik verkommen sollte.¹³

Und tatsächlich wirkte die neue Situation durchaus für viele Historiker, die sich oft genug einer demokratisch-sozialistischen Erneuerung der DDR verschrieben hatten und die nun angesichts des konkreten Verlaufs der Herstellung der deutschen Einheit diese politische Perspektive ebenso verloren hatten wie ihre berufliche Sicherheit – und als systemnah von den neuen Machthabern gefeuert wurden – trotz-

listischen Einheitspartei Deutschlands. Abriss. Berlin 1978. Zur kritischen und selbstkritischen Auseinandersetzung mit der DDR-Historiografie siehe u.a. Rainer Eckert/ Wolfgang Küttler/Gustav Seeber (Hg.): Krise – Umbruch – Neubeginn. Eine kritische und selbstkritische Dokumentation der DDR-Geschichtswissenschaft 1989/1990. Stuttgart 1992; Konrad H. Jarausch (Hg.): Zwischen Parteilichkeit und Professionalität. Bilanz der Geschichtswissenschaft der DDR. Berlin 1991; ders./Martin Sabrow (Hg.): Die historische Meistererzählung. Deutungslinien der deutschen Nationalgeschichte nach 1945. Göttingen 2002; Martin Sabrow/Peter H. Walther: Historische Forschung und sozialistische Diktatur: Beiträge zur Geschichtswissenschaft der DDR. Leipzig 1995; ders. (Hg.): Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Der Umgang mit der Vergangenheit in der DDR. Köln-Weimar-Wien 2000.

¹¹ Hier könnte zwischen Stefan Doernbergs erster DDR-Geschichtsdarstellung von 1959 und dem Hochschullehrbuch von 1981 ein Bogen gespannt werden – Stefan Doernberg: Die Geburt eines neuen Deutschlands 1945–1949. Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung und die Entstehung der DDR. Berlin 1959, 2. A.; Autorenkollektiv unter Leitung von Rolf Badstübner: Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 1981. Zu Doernberg siehe auch Helle Panke (Hg.): Die Geburt eines neuen Deutschlands. Chancen und Probleme eines alternativen Neuanfangs im Osten. Konferenzbeiträge von Rolf Badstübner, Günter Benser, Stefan Bollinger, Stefan Doernberg und Siegfried Prokop. hefte zur ddr-geschichte. H. 119. Berlin 2009.

¹² Vgl. aus kritischer Insidersicht: Siegfried Prokop/Siegfried Schwarz (Hg.): Zeitgeschichtsforschung in der DDR. Walter Bartel (1904–1992). Ein bedrohtes Leben. Beiträge zum 100. Geburtstag von Walter Bartel. Potsdam 2005.

¹³ Siehe bes. die Beiträge in Rainer Eckert/Wolfgang Küttler/Gustav Seeber (Hg.): Krise – Umbruch – Neubeginn. A.a.O.

dem befreiend.¹⁴ Für einen Teil von ihnen – eher für die ältere, nun nicht mehr existentiell an einen Broterwerb gebundene Generation, aber auch für einige jüngere, die sich in Nischen wiederfanden und dem Beruf treu blieben – als eine Chance des Aufbruchs.¹⁵

Hervorzuheben sind hier in Bereich der Publikationen jene Arbeiten, die in den verschiedenen Rosa-Luxemburg-Stiftungen, insbesondere in Berlin (Helle Panke), Sachsen, Brandenburg und Thüringen, entstanden. Herausragend ist hier die Reihe *hefte zur ddr-geschichte*¹⁶ mit inzwischen rund 130 Heften zu nennen. Nicht wenige DDR-Historiker hatten sich aktiv an der Arbeit der beiden Bundestags-Enquetekommissionen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur von 1994 und 1998 beteiligt und zwar fast durchweg zugunsten der PDS.¹⁷ Resultat war ein umfangreiches Konvolut kritischer Gegenpositionen zum Mainstream der Kommissionsarbeit mit 11 Bänden *Ansichten zur DDR-Geschichte*¹⁸, in denen sie sowie linke Politiker ihre Positionen zur Auseinandersetzung mit der DDR ausformulierten. Darüber hinaus gab es Aktivitäten einer *Alternativen Enquetekommission* unter Leitung des einstigen Dissidenten Wolfgang Harich. Schließlich gelang es auf Initiative der Historischen Kommission der PDS und im engen Zusammenwirken mit dem *Karl*

¹⁴ Hier sei auf Biografien wichtiger DDR-Historiker verwiesen – Günter Benser: *DDR – gedenkt ihrer mit Nachsicht*. Berlin 2000; Helmut Bock: *Wir haben erst den Anfang gesehen. Selbstdokumentation eines DDR-Historikers 1983 bis 2000*. Berlin 2002; Kurt Pätzold: *Die Geschichte kennt kein Pardon. Erinnerungen eines deutschen Historikers*. Berlin 2008. Andere verfassten Erinnerungen, in denen sie im Widerspruch zur tatsächlichen Wahrnehmung sich zu Widerständlern stilisierten: Hartmut Zwahr: *Die erfrorenen Flügel der Schwalbe. DDR und "Prager Frühling". Tagebuch einer Krise 1968 bis 1970*. Bonn 2007.

¹⁵ Zur Übersicht Stefan Berger: *Was bleibt von der Geschichtswissenschaft in der DDR? Blick auf eine alternative historische Kultur im Osten Deutschlands*. *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*. Berlin. H. 11/2002, S. 1016–1034; siehe auch Stefan Bollinger: *Das zerstörte Kettenglied. Brüche und Verluste in den Sozial- und Geisteswissenschaften zwischen der untergegangenen DDR und dem vereinigten Deutschland*. In: Hansgünter Meyer (Hg.): *Der Dazwischen-Dissens. Die deutsche Hochschul-Reform-Kontroverse als Verlaufsform*. Berlin 2006, S. 431–452.

¹⁶ Siehe Verzeichnis unter <http://www.helle-panke.de/>, ebd. Auch entsprechende Beiträge in den *Pankower Vorträgen* unter der gleichen Internet-Adresse. Das betrifft generell Arbeiten, die vornehmlich im Umfeld der *Rosa-Luxemburg-Stiftung*, insbesondere in deren verbundenen Stiftungen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen entstanden. Zu erinnern ist auch an die zwischen 1990 und 2008 herausgegebene Zeitschrift *Utopie kreativ* mit vielen zeitgeschichtlichen Beiträgen. das betrifft auch Arbeiten, die im Umkreis anderer Vereine der Zweiten Wissenschaftslandschaft entstanden – verwiesen sei auf das *Berlin-Brandenburger Institut für sozialwissenschaftliche Studien* (BISS), den *Verein für angewandte Konfliktforschung* (VAK) e.V. Berlin, die *Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik* e.V. (DSS) oder den *Berliner Debatte Initial e.V.* mit seiner Zeitschrift *Berliner Debatte Initial*.

¹⁷ Siehe kritisch u.a. Amelie Kutter: *Geschichtspolitische Ausgrenzungen in der Vereinigungspolitik. Das Beispiel der Enquete-Kommission*. In: Stefan Bollinger/Fritz Vilmar (Hg.): *Die DDR war anders. Eine kritische Würdigung ihrer soziokulturellen Einrichtungen*. Berlin 2002, S. 25–59.

¹⁸ Siehe Dietmar Keller/Hans Modrow/Herbert Wolf (Hg.): *Ansichten zur Geschichte der DDR – Band I–IV*. Bonn/Berlin 1993–1994; Jochen Cerny/Dietmar Keller/Manfred Neuhaus (Hg.): *Ansichten zur Geschichte der DDR*. Bd. V. Eggersdorf 1994; Ludwig Elm/Dietmar Keller/Reinhard Mocek (Hg.): *Ansichten zur Geschichte der DDR*. Bd. VI–XI. Eggersdorf 1996–1998.

Dietz Verlag eine mehrbändige Reihe zu Kernprozessen und Eckdaten der DDR-Geschichte¹⁹ zu initiieren ebenso wie unter Ägide der *Rosa-Luxemburg-Stiftung* der gleiche Verlag zwei grundsätzliche Übersichten zur SED bzw. der DDR vorlegte.²⁰

Anliegen dieser Studien war und ist es nicht, die DDR in einem positiveren Licht erscheinen zu lassen, sondern soweit als möglich die reale Geschichte nachvollziehbar zu machen, aber mit dem Anspruch, die Legitimität eines deutschen Staates außerhalb der Kontinuitätslinie von ausbeuterischen Klassengesellschaften und imperialistischen Aggressionsansprüchen zu belegen und die Entwicklung der DDR und ihres Blocks eingebunden in die Politik des sowjetischen Hegemonial- und zeitweilig offenen Besatzungsmacht und vor allem in die Wechselwirkungen des Kalten Krieges darzustellen. Sie verstehen sich als klare Kontraposition zu jener heute auch jenseits der politischen Grundsatzentscheidungen der Enquete-Kommissionen dominierenden Negation der DDR-Geschichte, wie sie in der Historikerzunft treffend und selbstentlarvend Hans-Ulrich Wehler formuliert hat. Für ihn war die DDR nur eine von Bajonetten gestützte sowjetische "Satrapie", deren nähere Behandlung nicht lohne. "Die Bundesrepublik, in der die große Mehrheit der Deutschen lebte, verkörperte von Anfang an einen lebens- und zukunftsfähigen Neustaat, in dem sich alle wesentlichen Modernisierungsprozesse – ob in der Politik und in der Wirtschaft, im Recht und in der Kultur – durchzusetzen vermochten, da ihnen eine nachhaltige Förderung zustatten kam. Dank dieses uneinholbaren Vorsprungs konnte sie auch 1989/90 mit dem Recht des historisch Überlegenen die kollabierte DDR aufnehmen."²¹

Eine solche Aburteilung der "doppelten Diktaturerfahrung" "totalitärer Regime" – oder wie auch immer die Formeln für eine solche Entsorgung linker Geschichte lauten sollen – hat natürlich auch eine zweite Seite. Notwendigerweise ist das siegreiche System eben nicht oder nur bedingt Gegenstand einer kritischen Betrachtung. Die kann sich nur auf einzelne Episoden und Personen beziehen, nicht aber auf die grundlegenden Konstruktionsprinzipien: die Vorherrschaft einer kapitaldominierten Wirtschaft mit ihren weitgehend sakrosankten Eliten und eine Demokratie, die sich allein auf die politische Sphäre reduziert, einen freien Wettbewerb der Ideen und Parteien jenseits der realen Einflussmöglichkeiten auf Medien und Ideologieproduktion offeriert und wesentliche Bereiche des gesellschaftlichen Lebens von einer demokratischen Kontrolle und noch mehr Gestaltungsmöglichkeit ausschließt.²²

¹⁹ Siehe Evemarie Badstübner (Hg.): *Befremdlich anders. Leben in der DDR*. Berlin 2000; Rolf Badstübner: *Vom "Reich" zum doppelten Deutschland. Gesellschaft und Politik im Umbruch*. Berlin 1999; Stefan Bollinger (Hg.): *Das letzte Jahr der DDR. Zwischen Revolution und Selbstaufgabe*. Berlin 2004.

²⁰ Siehe Andreas Herbst/Gerd-Rüdiger Stephan/Jürgen Winkler (Hg.): *Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch*. Berlin 1997; Gerd-Rüdiger Stephan/Andreas Herbst/Christine Krauss/Daniel Küchenmeister/Detlef Nakath (Hg.): *Die Parteien und Organisationen der DDR. Ein Handbuch*. Berlin 2002.

²¹ Hans-Ulrich Wehler: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Fünfter Band Bundesrepublik und DDR 1949–1990*. Bonn 2009, S. XV; siehe kritisch Patrick Bahners/Alexander Cammann (Hg.): *Bundesrepublik und DDR. Die Debatte um Hans-Ulrich Wehlers "Deutsche Gesellschaftsgeschichte"*. München 2009.

²² Ein Bogen mag von Agnolis eingreifender Analyse in den späten 1960er Jahren bis hin zu Canforas ausgegrenzter Demokratiekritik vor wenigen Jahren zu schlagen sein. Siehe Johan-

Auch wenn die antikommunistische und antiemanzipatorische Vergangenheitspolitik auch die Geschichtswissenschaft und erst recht -lehre stark beeinflusst, so muss doch auch jenseits der Versuche von Historikern aus der DDR oder der Linken auf jene verwiesen werden, die vielfach eine differenzierte, in die Auseinandersetzungen und die jeweilige Zeit eingeordnete Geschichtsanalyse betreiben. Das sind insbesondere die Forscher im Umfeld des Potsdamer Zentrums für Zeitgeschichtliche Forschungen²³, oft aber auch jene Forscher, die mehr oder minder von außen auf die DDR-Geschichte blicken können, wie Mary Fulbrook²⁴ oder die Forscher des *Centre Marc Bloch*²⁵ oder Konrad H. Jarausch, der einen Großteil seines Wissenschaftslebens in den USA verbracht hat.

Eine *kritische* Geschichte der Bundesrepublik bedeutet nun aber nicht eine Negativgeschichte per se, sozusagen als Konterpart einer dann allein positiv zu sehenden DDR. Das war die Einsicht der Auswirkungen der 68er, wo auf einmal auch DDR-Sichten von DDR-Wissenschaftlern und kritischen Vertretern vor allem einer jungen, studentenbewegten Generation bundesdeutscher Historiker und Politikwissenschaftler Konjunktur bekamen.²⁶ Aus heutiger Sicht sind diese Arbeiten kritisch zu betrachten, manches im Geiste des Kalten Kriegs und der Gewissheit des realsozialistischen Siegs vereinfacht. Aber hinter diesen Verkürzungen stecken eben auch Einsichten in eine Härte und Schonungslosigkeit der Auseinandersetzung, die manche Nachwende-Untersuchung vergessen macht. Allerdings hat eine der Anfang der 1970er Jahre bestimmenden Publikationen einen politisch motivierten Forschungsansatz in den Raum gestellt, der sehr gegenwärtig klingt: "Die Geschichte der Bundesrepublik, die Teil der Geschichte des Kalten Krieges ist, muss in vieler Hinsicht neu geschrieben werden, denn der Kalte Krieg war nicht nur eine Form des Systemkonflikts, sondern auch ein Krieg der Ideologieproduzenten gegen die historische Faktizität. Erst die studentische Protestbewegung Mitte der sechziger Jahre schuf die Voraussetzungen für eine historisch-materialistische Analyse der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, indem sie die Gleichsetzung von sozialistischer Theorie und stalinistischer Praxis in Frage stellte ...

Um die gegenwärtige politische Realität der Bundesrepublik Deutschland politisch begreifen zu können, bedarf es der Analyse ihrer historischen Implikate. Diese sind vor allem die Quasi-Kolonialisierung Deutschlands nach dem Zusammenbruch

nes Agnoli: Die Transformation der Demokratie und verwandte Schriften. Hamburg 2004; Luciano Canfora: Eine kurze Geschichte der Demokratie. Von Athen bis zur Europäischen Union. Köln 2006.

²³ Siehe z.B. als methodologisches Grundwerk Martin Sabrow (Hg.): Erinnerungsorte der DDR. Bonn 2010; ders. u.a. (Hg.): Wohin treibt die DDR-Erinnerung? Dokumentation einer Debatte. Bonn 2007.

²⁴ Siehe Mary Fulbrook: *The Two Germans 1945–1990. Problems of Interpretation*. London 1992.

²⁵ Siehe Sandrine Kott/Emmanuel Droit (Hg.): *Die ostdeutsche Gesellschaft. Eine transnationale Perspektive*. Berlin 2006.

²⁶ Siehe Ulrich Albrecht u.a.: *Beiträge zu einer Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*. Köln 1980, 2., unveränd. A.; Georg Fülberth: *Leitfaden durch die Geschichte der Bundesrepublik*. Köln 1991, 3., akt. u. erw. A. [1. A. 1983] oder mit DDR-Hintergrund: Rolf Badstübner/Siegfried Thomas: *Entstehung und Entwicklung der BRD 1945–1955. Restauration und Spaltung*. Köln 1979, 2. A. [1. A. 1975].

des Faschismus, die Restitution einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung und die Etablierung eines bürgerlich-parlamentarischen Staates."²⁷ Davon ist außer Georg Fülberths Gesamtschau²⁸ und gelegentliche Versuche, die bundesdeutschen Tabus²⁹ noch zu brechen wenig geblieben. Eine Sonderheit scheint die mit sechzig Jahre Verspätung gerade wieder einsetzende Auseinandersetzung mit den Biografien der Gründergeneration der Bundesrepublik zu sein, die sich oft als Wiedergängertum der willfährigen NS-Eliten erweist.³⁰

Positive oder negative Geschichte, das scheint nicht das Problem zu sein. Der große französische Historiker Marc Bloch hat sehr nüchtern den Anspruch an Geschichtsschreibung gelegt, in dem er sich gegen die These wandte, dass "die Geschichte uns betrogen habe". Gegen die Art und Weise des Umgangs mit Geschichte könne und müsse polemisiert werden. Aber "die Geschichte ist ihrem Wesen nach Wissenschaft von der Veränderung ... Sie kann versuchen, die Zukunft zu ergründen, und ich halte es nicht für unmöglich, dass ihr dies gelingt. Mitnichten aber besagen ihre Lehren, dass die Vergangenheit von neuem beginnt, dass das, was gestern war, morgen sein wird."³¹ Es ist gut, aus der Geschichte, aus Niederlagen zu lernen.

Für die deutsche respektive deutsch-deutsche Geschichte ist offenbar ein komplexer Zugang unverzichtbar. Jürgen Hofmann hat schon vor Jahren für das Schreiben einer deutsch-deutschen Doppelbiografie plädiert. "Damit wird die Spaltung nicht ungeschehen und zwei Wege werden nicht zu einem. Die wechselseitige Verschränkung und Bedingtheit können so jedoch deutlicher erfasst werden. Außerdem sollte es für das Gemeinwesen Bundesrepublik fast selbstverständlich sein, in sein historisches Selbstverständnis alles einzubeziehen, was in seine Entwicklung einmündet. Die DDR-Gesellschaft war nicht klein genug, um sie – wie in den Jahrzehnten zuvor die 'Republikflüchtlinge' – einfach zu assimilieren; und die Bundesrepublik ist zu dominant, um hinsichtlich ihrer Erfahrungen von den Ostdeutschen

²⁷ Ernst-Ulrich Huster/Gerhard Kraiker/Burkhard Scherer/Friedrich-Karl Schlotmann/Marianne Welteke: Determinanten der westdeutschen Restauration 1945–1949. Frankfurt/M. 1976, 4. A., S. 7.

²⁸ Siehe Georg Fülberth: *Finis Germaniae: Deutsche Geschichte seit 1945*. Köln 2007; ders.: *Geschichte der Bundesrepublik*. Köln 2012.

²⁹ Siehe z.B. Eckart Spoo (Hg.) unter Mitwirkung von Arno Klönne: *Tabus der bundesdeutschen Geschichte*. Hannover 2006.

³⁰ Siehe Eckart Conze/Norbert Frei/Peter Hayes/Moshe Zimmermann: *Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik*. Unter Mitarbeit von Annette Weinke und Andrea Wiegeshoff. Bonn 2010; siehe auch die frecheren Untersuchungen westdeutscher Fraktionen der Partei Die Linke zur NS-Belastung in frühen bundesdeutschen Parlamenten: Michael Carlo Klepsch: *Das vergessene braune Erbe. Nahtloser Übergang in neue Führungspositionen – Alte Nazis in den nordrhein-westfälischen Landtagsfraktionen von CDU und FDP*. Hg. Rüdiger Sagel, MdL, Die Linke NRW. Düsseldorf 2009; Heidemarie Scheuch-Paschkewitz/Achim Kessler: *Brauner Sumpf in der hessischen CDU. Eine Dokumentation*. DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag. Wiesbaden 2011.

³¹ Marc Bloch: *Die seltsame Niederlage: Frankreich 1940. Der Historiker als Zeuge*. Frankfurt/M. 1992, S. 167 f.

ignoriert zu werden."³² Unter Verweis auf eine der frühesten und eigentlich in der westdeutschen Historikerkunft bis heute einsam gebliebenen doppelten Geschichtsschreibung bei Christoph Kleßmann³³ verweist nun Hofmann darauf, dass "Reflexionen der deutschen Nachkriegsgeschichte nicht ... umhin kommen(werden), die Logik sich ausschließender Wege und das gleichzeitige Aufeinanderbezogenensein zu erfassen und gebührend in Rechnung zu stellen. Die Definition politischer Positionen und Ziele hatte stets oder wenigstens meistens den nationalen Konkurrenten im Kalkül. Aus der Symbiose von nationaler Konkurrenz und politischer Polarisierung ergab sich ein spezifisches Spannungsfeld, in dem sich Alleinvertretungspraktiken, begrenzte Kooperation, gesamtdeutsche Intentionen, aber auch die Abgrenzungspolitik bewegten. Für die Forschung und Darstellung müssen Fragestellungen entwickelt werden, die es erlauben, zwei Wege deutscher Nachkriegsgeschichte in ihrer Eigendynamik sowie in ihrer widersprüchlichen, rivalisierenden Gesamtheit zu fassen."³⁴ Ein Blick auf die internationale Einbettung ist selbstredend nicht nur für ihn dabei zwingend.

Nur in der Untersuchung der Wechselwirkung beider deutscher Staaten respektive Vorstaaten zwischen 1945 und 1989/90 und in der Wechselwirkung der beiden deutschen Teilgesellschaften im Vereinigungsprozess nach 1990 ist eine fundamentalere Sicht auf das *Woher*, das *Warum*, das *Wer* und das *Wogegen* und vielleicht auch *Mit Wem?* zu gewinnen. Die praktische Umsetzung bleibt weiter überschaubar. Neben einem von ost- und westdeutschen Historikern gemeinsam umgesetzten umfänglichen Projekt zur deutschen Zeitgeschichte³⁵ mit dem tragenden Beitrag von Jörg Roesler zur gemeinsamen und getrennten Wirtschafts- und Sozialgeschichte beider deutschen Staaten³⁶ ist immer noch der Ansatz von Peter Bender³⁷ fruchtbar. Neuerdings legt auch Michael Gehler³⁸ eine bedenkenswerte deutsche Geschichte mit weitem Blick vor.

³² Jürgen Hofmann: Zum Umgang mit deutscher Zweistaatlichkeit. Anmerkungen zu einer notwendigen Debatte über die "Doppelbiographie der Bundesrepublik". In: Utopie kreativ. Berlin. H. 106 (1999), S. 49; ders. für die Historische Kommission beim PV der PDS: Die Doppelbiographie der Bundesrepublik. Diskussionspapier der Historischen Kommission. In: Neues Deutschland. Berlin, vom 12. März 1999, S. 14/15; siehe aus westdeutscher Sicht: Christoph Kleßmann: Konturen einer integrierten Nachkriegsgeschichte. In: Aus Politik und Zeitgeschichte – Beilage zu Das Parlament. Bonn. H. B 18–19/2005, S. 3–11; Martin Sabrow: Historisierung der Zweistaatlichkeit. In: ebd., H. B 3/2007, S. 19–24.

³³ Siehe Christoph Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955. Bonn 1991, 5. überarb. u. erw. A.; ders.: Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970. Göttingen 1988.

³⁴ Jürgen Hofmann: Zum Umgang mit deutscher Zweistaatlichkeit. A.a.O.

³⁵ Siehe Clemens Burrichter/Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan (Hg.): Deutsche Zeitgeschichte von 1945 bis 2000. Gesellschaft – Staat – Politik. Ein Handbuch. Berlin 2006.

³⁶ Siehe Jörg Roesler: Zur Geschichte der beiden deutschen Staaten von 1945 bis 1990 mit dem Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. In: ebenda, S. 19–160.

³⁷ Siehe Peter Bender: Episode oder Epoche? Zur Geschichte des geteilten Deutschland. München 1996; ders.: Deutschlands Wiederkehr. Eine ungeteilte Nachkriegsgeschichte 1945–1990. Stuttgart 2007.

³⁸ Siehe Michael Gehler: Deutschland. Von der Teilung zur Einigung 1945 bis heute. Bonn 2011.

Und es bleibt auch ein Blick auf die zu leicht zu verdrängende Tatsache, dass es zumindest in den ersten Jahrzehnten zuallererst, in den späteren Jahrzehnten zuletzt die beiden Supermächte waren, die das Schicksal deutscher Politik und Gesellschaftswahl bestimmten. Es war Zeitgenossen und kritischen Begleitern der jüngsten deutschen Geschichte wie Alfred Grosser immer klar, dass sich mit der deutschen Niederlage etwas völlig geändert hatte: "Die mächtigsten unter den Verbündeten übernehmen die innere wie äußere Souveränität Deutschlands. Von nun an wird es keine Macht in Deutschland und über Deutschland geben, die nicht von ihnen delegiert oder von ihnen wieder überlassen ist. Der totale Krieg, der von dem totalitären Regime gewollt war, endete in totaler Entäußerung."³⁹

3. Die Schwierigkeiten einer offenen Situation

Bei der Auseinandersetzung mit der bundesdeutschen Geschichte helfen jene Schlagworte wenig, die mit *Restauration*, *Restitution* oder *Kolonialisierung* sowohl im zeitgenössischen Sprachgebrauch, in der Analyse durch kritische, vor allem Linke Zeitgenossen oder die östliche Seite wesentliche Elemente der Kontinuität des deutschen Staatsgebildes in seiner Bonner Ausprägung ebenso hervorheben wollen wie seine Ein- oder besser zunächst Unterordnung unter das von den USA dominierte westliche Gesellschafts- und Machtssystem.

Der Zusammenbruch, die Befreiung vom Faschismus stellte die antifaschistischen Kräfte aller politischen Ausrichtung vor eine große Herausforderung. Sie mussten mit den Überresten des Naziregimes ebenso wie die Trümmer beseitigen und den Weg für ein erneuertes Deutschland finden. Die Besatzungsmächte waren präsent und die deutschen politischen Akteure alsbald in die Konfrontation des Kalten Krieges hineingezogen, Deutschland wurde selbst sein Schauplatz. Am Anfang war noch alles offen, aber sowenig es 1945 eine Stunde Null gab, sowenig waren Konservative und zerstrittene Linke frei von ihrer Vorgeschichte und ihren Partnern bei den Alliierten – in Ost wie West.

Die Niederlage war umfassend und total in allen Teilen Deutschlands. Der Staat zerstört, die Nazis untergetaucht. Die Wehrmacht zerschlagen und in Gefangenschaft, Millionen Menschen auf der Flucht oder der Heimkehr, Flüchtlinge und Ausgesiedelte aus dem Osten, *Displaced Persons* aus den deutschen Lagern in ungewisser Zukunft, das Land weitgehend zerstört, vor allem aber Millionen Tote an den Fronten, im Hinterland – vor allem aber die durch die aggressive, vernichtenden Politik Nazideutschlands und ihrer Vasallen nicht nur an den Fronten als Gegner gefallenen, sondern vor allem die millionenfach ermordeten Juden, Slawen, Sinti und Roma mit der Staatsbürgerschaft der überfallenen Länder ebenso wie mit der deutschen. Das Land stand vor einem Neuanfang, denn nicht seine Eliten, denn auch nicht die erfolglosen Widerständler aller politischen Couleur bestimmen konnten, sondern allein die Sieger. Deren Programm war klar und unmissverständlich – so schien es zumindest 1945 nach Jalta und Potsdam – die *fünf D* standen auf der Tagesordnung und wurden – bei allen Unterschieden – zunächst von allen Alliierten

³⁹ Alfred Grosser: Geschichte Deutschlands seit 1945. Eine Bilanz. München 1977, 5. A., S. 41.